

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 20 (1979)
Heft: 26

Artikel: In Zürich sprach Cronid Ljubarski über die sowjetische Dissidenten-Vorbehandlung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094850>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

In Zürich sprach Cronid Ljubarski über die sowjetische

Dissidenten- Vorbehandlung

Cronid Ljubarski (Kronid Ljubarskij), der vor knapp zwei Jahren aus der Sowjetunion ausgewiesene dissidente Astrophysiker, ist unseren Lesern bekannt. Als er sich noch im Gefängnis von Wladimir «aufhielt», bekam er – nicht zuletzt aufgrund seines im ZB veröffentlichten Schlusswortes an seinem Prozess von 1972 – den Preis der Schweizerischen Stiftung für Freiheit und Menschenrecht zugesprochen. Nach seiner Ankunft im Westen gaben er und seine Familienangehörigen im SOI direkte Auskünfte über die Lage in der UdSSR. Heute berichten wir von einem Vortrag, den er über die Technik der sowjetischen Repression gehalten hat.

Ljubarski sprach an einer Veranstaltung, die das «Zürcher Forum» zwischen dem 10. und dem 15. Dezember durchführte. Referate hielten Vertreter der neuen bis neuesten Emigration. Aus Jugoslawien Mihajlo Mihajlov (er hält sich mit einem nominell immer noch gültigen Reisepass im Westen auf, aber die Möglichkeit seiner Rückkehr ist fraglich geworden) und aus der Sowjetunion neben Ljubarski noch Wladimir Bukovsky (Bukowskij), den man Ende 1976 gegen den chilenischen Parteichef Corvalan ausgetauscht hatte, sowie Peter Vins, der diesen Sommer im Austausch gegen sowjetische Spione in den Westen gelangte.

In der Sowjetunion ist es den Kindern von Dissidenten keineswegs verwehrt, ein Hochschulstudium zu ergreifen. Nur fallen sie bei den Eintrittsprüfungen mit vorausbestimmter Sicherheit durch.

Diese nirgends kodifizierte Sippenhaftung gehört in der UdSSR von heute zur vielfältig gewordenen *Technik der Repression*, über die in Zürich ein Mann berichtet hat, der einschlägig vorbestraft ist.

Die Alltagsrepression im «etablierten Totalitarismus»

Cronid Ljubarski erlebte selbst zwei der drei bekannten Repressionsformen, mit denen man in der Sowjetunion die Andersdenkenden behandelt: Freiheitsstrafe, Ausweisung und psychiatrische Zwangsbehandlung. Aber alle drei Möglichkeiten zusammen bilden nur die letzte Stufe in einem

Abschreckungsmechanismus, der graduell zum Einsatz kommt und praktisch überhaupt keinen Lebensbereich ausspart.

Die Methodik der sowjetischen Früherfassung von Talenten ist bekannt. Sie gelangt mit umgekehrter Zielsetzung, aber grösster Vollständigkeit zur Anwendung, wenn es darum geht, den Selberdenkenden ihr Talent zum Dissidententum auszutreiben.

Der blutige Massenterror aus der Zeit Stalins ist vorbei. Man *will* ihn nicht mehr, weil er die Henker selbst mitbedrohte, und man *braucht* ihn auch nicht mehr, weil inzwischen die Leute mehr zu verlieren haben als bloss ihr Leben. Die Mittel der heutigen Unterdrückung sind abgestuft und aufgefächert.

Wer widerspruchslos die Macht hinnimmt und weiterleitet, den lässt man in Ruhe, egal, welche ideologische Ueberzeugung er hat oder (meistens) nicht hat. Weltanschauung ist nicht gefragt; Heu-

chelei genügt. Wer aber, egal auf welcher Stufe, wider den Stachel lökt, und wäre es auch nur, indem er einem kleinen Chef gegenüber auf seine gesetzmässigen Rechte beharrt, der wird erfasst. Und kontinuierlich härter angefasst, je mehr er sich gegen das neue Unrecht wehrt. Am Ende ist er dann entweder ein gefügiger Untertan oder ein bestrafter Dissident.

Ljubarski schilderte die Repression *im Lande des stabilisierten Totalitarismus*, und er nannte diesen gefährlicher als einen instabilen Totalitarismus, der mordwütig um sich schlägt.

Ljubarski stellte die Repression insgesamt vor, aber besonders interessant waren seine Ausführungen zum Thema der aussergerichtlichen und vorgerichtlichen Unterdrückung.

Von der Existenzerschwerung . . .

Was erfährt ein angehender Dissident in seiner «Lehrzeit»?

Vorerst sehr wenig. Er vernimmt zum Beispiel, dass der ihm zugesicherte Platz im gewerkschaftseigenen Ferienhaus für diesen Sommer leider doch nicht verfügbar sei. Die Zweizimmerwohnung, die man seiner Familie in Aussicht gestellt hatte, erweist sich als nicht bezugsbereit, während gleichzeitig sein kinderloser Kollege, der sich später auf der Warteliste hatte eintragen lassen, eine eigene Wohnung zugewiesen erhält.

Der Chef lässt ihn kommen und hält ihm vor, das Dienstauto zu privaten Zwecken missbraucht zu haben. Dabei war das jahrelang unbeanstandetes Gewohnheitsrecht gewesen.

Unser Dissidentenlehrling erfährt in diesem ersten Stadium ganz einfach eine Reihe von Zurücksetzungen in Belangen, die nicht existenzwichtig sind. Unter beliebiger Begründung oder auch unter keiner. Den wirklichen Grund nennt

Der Naturwissenschaftler Cronid Ljubarski (Kronid Ljubarskij) 1977 aus der UdSSR ausgewiesen, hatte zwischen 1972 und 1977 die sowjetischen Zuchthäuser und Straflager als Insasse kennengelernt.

Hineingekommen war er wegen Besitz und Verbreitung von verbotenem Schrifttum. Als man ihm den Prozess machte, war er ein angesehener Astrophysiker, den über Bücher, Zeitschriften und Fernsehsendungen auch eine breitere Öffentlichkeit kannte, eine Art sowjetischer Bruno Stanek. Als er aus dem Gefängnis herauskam, erwarb er sich einen neuen Bekanntheitsgrad, der für den Träger und seine Angehörigen nur Nachteile mit sich bringt. Er wurde Bürgerrechtler.

Ljubarski gehörte der Moskauer Helsinki-Gruppe (sie kämpft um Einhaltung der KSZE-Grundsätze) an und verwaltete für kurze Zeit auch den sogenannten Solschenizyn-Fonds, das heisst die Hilfgelder für politische Häftlinge und ihre Familien. Man behandelte ihn mit progressiven Schikanen und stellte ihn schliesslich an die Grenze. Eine Alternative hätte bestanden: für ihn erneutes Zuchthaus, für seine Frau Arbeitslosigkeit und für seine damals 16jährige Tochter eine spätere Studienverunmöglichung.

Heute lebt Ljubarski in der BRD und setzt sich weiterhin intensiv für die Bürgerrechte in der UdSSR ein. Insbesondere gibt er ein Informationsbulletin heraus, das zumeist aus direkter Quelle über Repression und Widerstand berichtet.

man ihm normalerweise nicht, jedenfalls nicht im Klartext. Er soll von selber draufkommen, dass es Unannehmlichkeiten mit sich bringt, wenn man sich ungehörig benimmt. Indem man sich zum Beispiel darüber beschwert, dass die Direktion das Betriebsmagazin als privaten Gratisladen benutzt, oder dass sie die Arbeiter kurz vor Plantermin illegalerweise zu unbezahlten Sonderschichten zwingt. Indem man vor allen Kollegen kritische Äusserungen zur Ordnung im grossen oder im kleinen tut. Indem man sich für Schrifttum interessiert, das nicht in der Quartierbibliothek zu finden ist, sondern unter der Hand zirkuliert, abgeschrieben wird und dann weitergereicht.

... zur Existenzgefährdung

Bei diesem Vorgeplänkel bleibt es während kürzerer oder längerer Zeit. Erst, wenn der Nicht-Dissident uneinsichtig bleibt, anstatt zu kuschen, kommen Dinge ins Rollen, die seine Existenzgrundlage bedrohen. Wahlweise oder simultan in verschiedenen Bereichen seines Lebens. Die Zeit der mahnenden Züchtigung ist vorüber. Jetzt verabreicht man ihm gezielte Schläge gegen vitale Stellen.

Arbeitsplatz

Eine «interne Betriebsreorganisation» bringt es mit sich, dass unser Mann versetzt wird zu

schlechterer und schlechter bezahlter Arbeit. Vor der Abteilungsversammlung hält man ein «Kameradschaftsgericht» ab und beschuldigt ihn, die «Arbeitsdisziplin zu untergraben». Schliesslich wird er entlassen.

Bei diesem Vorgang unterlässt man jede ausdrückliche Fixierung von politischen Gründen. Wie in der Schweiz jeder Wehrmann ein Dienstbüchlein hat, so hat in der Sowjetunion jeder Arbeitnehmer ein «Arbeitsbüchlein». Hier werden alle Anstellungen eingetragen, ebenso die Gründe für den Wegzug vom jeweiligen Arbeitsplatz. Solange ein Anstellungsverhältnis besteht, ist das Büchlein in der Kaderabteilung (Personalbüro) deponiert. Falls ein Arbeitnehmer kündigt oder entlassen wird, händigt man ihm das Arbeitsbüchlein aus. Denn er muss es vorweisen, wenn er sich um eine neue Stelle bewirbt.

Wenn jetzt unser Mann, nunmehr bereits als regelrechter Dissident behandelt, sein Arbeitsbüchlein zurückkriegt, ist dort als Grund der Kündigung normalerweise lediglich eine etatmässige Personalreduktion vermerkt. Aber für jeden angefragten neuen Arbeitgeber ist das wie ein Codewort. Der Personalchef erkundigt sich unweigerlich beim alten Arbeitgeber nach dem *wirklichen* Grund. Und sobald er ihn erfahren hat, ist die fragliche Stelle nicht mehr frei. So geht es überall (jedenfalls in städtischen Agglomerationen; als Landarbeiter kann man in einer entfernten Kolchosa schon Unterschlupf finden, aber dort ist man als Dissident ohne Kontakte zur Stadt weniger ansteckend).

Also Berufsverbot. Nur ist dieses in sowjetischen Verhältnissen nicht relativ, sondern absolut.

Freilich wird das Berufsverbot wegen Meinungsdelikten nicht offiziell ausgesprochen. Um den Schein zu wahren, kommt man zuweilen sogar auf groteske Lösungen. In einem Moskauer Laboratorium wollte man einen Dissidenten, der mindestens als Person die allgemeine Sympathie der Mitarbeiter hatte, nicht direkt entlassen. Also schloss man «aus organisatorischen Gründen» den gesamten Betrieb und entliess das gesamte Personal. Und gleich darauf wurde das «reorganisierte» Laboratorium wieder eröffnet. Mit der gesamten früheren Belegschaft. Minus jenen Dissidenten. Die Planwirtschaft kann sich sogar solche Wege leisten.

Mancherorts suchen die «Kaderabteilungen» schon präventiv bestimmte Elemente abzuhalten,



Und dann zur Dissidenten-Nachbehandlung: Die polit-psychiatrische Anstalt von Orel.



Cronid Ljubarski.

die man als potentiellen Störfaktor ansieht. Jeder Sowjetbürger muss bei Arbeitssuche seinen Personalausweis vorzeigen (er wird «Pass» genannt, berechtigt aber nicht zum Verlassen der UdSSR; dazu bedarf es einer Genehmigung). Und in diesem Pass ist unter anderem die «Nationalität» des Inhabers vermerkt, das heisst seine Volkszugehörigkeit, z. B. Russe, Armenier, Tatare usw. Nun vermutet man bei Juden generell, sie könnten früher oder später doch ihre Ausreise beantragen. Also stellt man da und dort (und heute häufiger als früher) einen Bewerber gar nicht erst ein, wenn er in seinem Ausweis als Jude eingetragen ist.

Leute, die aus politischen Gründen vorbestraft sind, können von behördlichen oder betrieblichen Instanzen sofort geortet werden. Die Passnummer ihres Personalausweises enthält dann nämlich eine einschlägige Zahlenkombination.

Wesentlich einfacher ist die Verunmöglichung der Berufstätigkeit bei bestimmten Kategorien von Leuten. Missliebig gewordene Schriftsteller oder Journalisten werden nicht mehr gedruckt und verlieren so ihre Existenzgrundlage ganz unmittelbar. Bildende Künstler verlieren ihrerseits alle staatlichen Aufträge (d. h. praktisch alle *bezahlten* Aufträge); wenn man sie aus dem Berufsverband ausschliesst, geht das sogar auf einen Schlag.

Wohnung und Aufenthalt

Ein besonders beliebtes Pressionsmittel ist die Wohnungskündigung. Man konstruiert eine Verletzung der Hausordnung und setzt den Mieter auf die Strasse. Er wird — das ist der Witz beim faktischen Staatsmonopol auf diesem Sektor — keinen neuen Wohnraum mehr finden. Man trägt seinen «Anspruch» auf die Liste ein und lässt ihn «warten». So leben Dissidenten häufig in der ohnehin überfüllten Wohnräumen von Verwandten. Aber man kann sie auch dort schikanieren wenn man der Hausverwaltung nahelegt, sie solle beanstanden, dass der neue Untermieter zuviel Lärm mache oder was auch immer.

In grossen Städten, vor allem in Moskau, operiert man gerne auch mit dem Entzug der Niederlas

sungsbewilligung. Das kann häufig sogar «rechts» und ohne alle Komplikationen erfolgen. In Moskau ist die Niederlassung theoretisch an zahlreiche Vorschriften und formelle Voraussetzungen gebunden, die praktisch für den unauffälligen Normalbürger keine Rolle spielen. In Moskau leben viele Leute, die selber keine Ahnung haben, dass sie bei buchstabengetreuer Auslegung der Bestimmungen eigentlich gar nicht auf dem Stadtgebiet wohnen dürften. Im Falle von Dissidenten geht es also bloss darum, eine solche Formalität ausfindig zu machen, und schon sind sie so gut wie verbannt.

Nebenerwerb

Zusätzlich zu ihrem offiziellen Lohn sind viele

Bewohner der UdSSR für ihren Lebensunterhalt auf die sogenannte «graue Zone» angewiesen: Schwarzarbeit, inoffizieller Warenbezug, Ausnützung der diskreten Möglichkeiten am Arbeitsplatz usw. Vieles davon liegt rein formell an der Grenze zur Illegalität, wird aber geduldet, solange man sich im Rahmen hält (der um so weiter gespannt ist, je höher man in der Pyramide der Macht steht). Anders würde das gesamte Wirtschaftsleben schon gar nicht mehr funktionieren, und die ohnehin prekäre Versorgungslage müsste zusammenbrechen.

Aber das Gewohnheitsrecht, aufgrund dessen praktisch die ganze Bevölkerung ihren Einkünften nachhilft, lässt sich im Falle von widerspenstigen Einzelpersonen oder dissidentischen Ziel-

gruppen auch aufheben. Diesem ausgesuchten Personenkreis legt man dann das ungesetzliche Handwerk.

Ueberhaupt ist es für die Machthaber praktisch, eine solche Normensammlung zu haben, dass jedermann im normalen Leben zu einer Anzahl von normativen Vergehen gezwungen ist, an denen man ihn im Bedarfsfall aufhängen kann. Der Sowjetbürger soll sich permanent schuldig und auf Nachsicht angewiesen fühlen.

Staatliche Dienstleistungen

Besonders im Falle von namhaften Dissidenten, die vielleicht sogar hohe offizielle Stellen innehatten, zieht man häufig die feinere Methode der sukzessiven Isolierung vor. Das Telefon «funktioniert nicht» mehr, und die Post kommt zuerst unvollständig und dann überhaupt nicht mehr an. Auf Nachfrage heisst es, man werde nachfragen.

Sippenhaftung

Sie gehört zu den perfidesten Mitteln der Dissidenten-Vorbehandlung. Für heranwachsende Kinder sind keine Studienplätze verfügbar, die Ehefrau erhält an ihrer Arbeitsstelle plötzlich Aufräumarbeiten zugewiesen («eine unvermeidliche Folge unserer betrieblichen Reorganisation, schade; aber meinen Sie nicht, dass Sie bei Ihren Qualifikationen vielleicht eher anderswo eine adäquate Arbeit suchen sollten...?»).

Gegenüber einer ganz bestimmten Gruppe von «Dissidenten» kommt die schlimmste Massnahme auf diesem Gebiet zur Anwendung: der Entzug der Elternrechte. Die «weltlichen» Systemkritiker haben das in der Regel nicht (oder erst nach einem Strafverfahren) zu befürchten, hingegen werden religiöse «Opponenten» sehr häufig auf diese Weise gemassregelt.

Opfer sind vor allem die Familien von Angehörigen nichtregistrierter Religionsgemeinschaften oder registrierter Religionsgemeinschaften mit nichtregistrierten Flügeln wie die Evangelischen Christen-Baptisten, die Pfingstler, die Zeugen Jehovas usw. Wenn sie an ihrem Arbeitsplatz die Bibel auflegen (die Sowjetverfassung gewährleistet nur das Recht auf atheistische Propaganda, nicht aber auf religiöse) oder ihre Kinder nicht für die staatliche Kinderorganisation der Jungen Pioniere anmelden (theoretisch ist die Mitgliedschaft freiwillig, aber praktisch wird sie von allen Kindern im Schulalter erwartet), dann nimmt man ihnen ihre Kinder weg und steckt sie in ein Internat.

Zum Entzug der elterlichen Rechte unter diesen Umständen gibt es eine verfassungsmässige Grundlage: Die Eltern sind zur «Erziehung im Geiste der kommunistischen Ideale» verpflichtet, und die «Vergewaltigung der kindlichen Psyche durch sektiererischen Aberglauben» widerspricht diesem Prinzip.



Das also sind die Möglichkeiten der beliebigen kombinierbaren «weichen» Repression, bevor die eigentliche Aktion durch Sicherheitsdienst, Polizei und Gerichte einsetzt. Eine unglaubliche Vielzahl an Möglichkeiten, Dissidente durch blosser Umgestaltung ihres Alltags fertigzumachen. Aber gerade deswegen ist es eigentlich noch unglaublicher, dass ihre Gesamtzahl immer noch zunimmt. ■

INSTITUT für SOWJET-STUDIEN

«SOWJETUNION intern» heisst eine neue Dokumentationsreihe, die von Nikolaj Nor-Mesek und Wolfgang Rieper vom Frankfurter INSTITUT für SOWJET-STUDIEN seit Mai 1978 herausgegeben wird und mit dem Erscheinen des 6. Bandes nunmehr den ersten Jahrgang abgeschlossen hat.

«SOWJETUNION intern» richtet sich an jenen Personenkreis, der sich berufsbezogen mit der Sowjetunion befasst. Die in der Reihe publizierten Forschungsergebnisse haben das Ziel, Entscheidungswege unter Einbeziehung der jeweiligen Entscheidungsträger zu erläutern. Im Mittelpunkt stehen die obersten Entscheidungsorganisationen der Sowjetunion.

Band 1 vermittelt einen Ueberblick über die Stellenpläne des ZK-Apparates der KPdSU, des Aussenministeriums und der Militär- und Luftabwehrbezirke.

Die Mitglieder des Zentralkomitees der KPdSU werden in illustrierten Biographien im 2. Band vorgestellt.

Die Bände 3 und 4 befassen sich ebenso detailliert mit den Kandidaten des Zentralkomitees der KPdSU und den Mitgliedern der Zentralen Revisionskommission der KPdSU.

Eine ausführliche zweiteilige Dokumentation über das Verteidigungsministerium der Sowjetunion und seine Untergliederungen unter Erfassung von etwa 3000 Militärs liegt mit den Bänden 5 und 6 vor. Als dritter Teil soll ein Band folgen, der sich mit den Militärhochschulen und dem Kommando der KGB-Grenztruppen und den neun KGB-Grenzbezirken befasst und der durch einen Kommentar zur Organisationsstruktur des Verteidigungsministeriums ergänzt wird.

(6 Bände, Ln., und Registerband im Abonnement je 290,00 DM einschliesslich Ergänzungslieferung –

INSTITUT für SOWJET-STUDIEN, Postfach 97 0101, D-6000 Frankfurt 97).

Im Oktober 1979

Leitung: Nikolaj Nor-Mesek, Wolfgang Rieper
Telefon 0611 74 60 25, Postfach 97 0101, D-6000 Frankfurt a. M. 97

Postcheckamt Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60) Sto.-Nr. 131 32-607